

basic income earth network



14th BIEN CONGRESS  
MÜNCHEN 2012

14. – 16. Sept. 2012

Wolf-Ferrari-Haus, Ottobrunn

# **Wege zum Grundeinkommen**

**ohne Zwang in Freiheit Tätig sein**

**Robert Reischer**

Robert Reischer

Öst. Netzwerk Grundeinkommen & sozialer Zusammenhalt

BIEN Austria

## **Wege zum Grundeinkommen – Hebel und Angelpunkt einer Systemänderung**

---

### **Ist-Zustand:**

- Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit funktioniert immer weniger
- gesellschaftlich notwendige Aufgaben werden schlecht oder gar nicht bezahlt
- der Sozialstaat wird als ineffizient dargestellt
- Politik folgt den neoliberalen Theorien, entmündigt sich selbst und enteignet die Gesellschaft
- Privatisierung gepaart mit Deregulierung fördert Lohndumping und höhere Gewinne
- konzentriertes Finanzkapital ohne Anlagemöglichkeit in produktive Wirtschaft fördert dubiose Spekulationen
- Medien und Meinungsbildner folgen dem Mainstream
- die Ausgegrenzten verarmen finanziell, sozial und kulturell
- Profiteure, Egoisten und die Apologeten des Neoliberalismus samt deren nachbetenden Jüngern und Politikern kämpfen mit allen - noch so absurden - Argumenten und Instrumenten gegen eine ausreichende Existenzsicherung.

### **Thesen:**

- Bedingungsloses Grundeinkommen ist die Alternative zum vogelfreien Markt und das Gegenmodell zu den wild gewordenen „Finanzmärkten“, denn es erfordert faire Umverteilung
- Die Befreiung vom Zwang zu Erwerbsarbeit durch Entkoppelung der Existenzsicherung entzieht die Arbeitskräfte der schrankenlosen Verwertbarkeit
- individuelle Entscheidungen für Umweltschutz, Ressourcenschonung und kooperativen Wirtschaften werden möglich.
- Wirtschaftlich befriedigende Alternativen können entstehen
- Randzonen können profitieren weil kleine Unternehmen und Gemeinschaften Vorteile lukrieren.

---

### **Ist-Zustand:**

Das System des Kapitalismus wurde in den vergangenen 40 Jahren in eine Richtung verändert, welche die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt sowie einer friedlichen Entwicklung der Gesellschaften nach und nach zu Gunsten von individuellen Gewinn- und Klasseninteressen verdrängte.

Die neoliberale Philosophie der tabulosen Privatisierungen von kommunalen Aufgaben und staatlichen Vermögen sowie die Deregulierung der Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft verursachen seither massive Probleme.

Die Privatisierungen werden mit dem Argument der Wirtschaftlichkeit und der Behauptung, dass der „Staat nicht ordentlich wirtschaften könne“, begründet und die Bewertung von Produkten und Dienstleistungen wird praktisch ausschließlich auf den finanziellen Erfolg bezogen. Auch das Bewusstsein derer, die wenig oder gar kein Vermögen besitzen verschiebt sich in diese Richtung. Durch grenzenlos freien Kapitalverkehr, Gruppenbesteuerung für multinationale Konzerne und Verringerung der Vermögensbesteuerung, werden Steuerflucht und Abgabenverkürzung Tür und Tor geöffnet und den Staaten weitere Gestaltungsmöglichkeiten vor allem im Bereich von Bildung, sozialer Wohlfahrt und Innovation entzogen.<sup>1</sup>

Das vagabundierende Kapital findet in der Realwirtschaft nicht genügend Profit und schafft über riskante Finanzmärkte oder illegale Konstruktionen eine spekulative Kettenreaktion. Banken und Staaten schlittern in katastrophale Situationen und gefährden die produzierende Wirtschaft. Der erleichterten Anhäufung von riesigen Vermögen in den obersten Einkommensschichten folgt konsequenterweise die „Erfindung“ von Finanzderivaten, die einerseits noch mehr Kapital aus der produktiven Wirtschaft – vor allem bei Löhnen und Abgaben - abziehen und andererseits durch Spekulation in Währungsschwankungen, Rohstoffe und Grundnahrungsmittel die Preise für die KonsumentInnen in die Höhe treiben.

---

<sup>1</sup> Falter 21/2012, Wirtschaftsforscher Stefan Schulmeister

## Wege zum Grundeinkommen – Hebel und Angelpunkt einer Systemänderung

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass viel zu viel Geld in wenigen Händen kumuliert und die Spirale weiter treibt.<sup>2</sup>

Maßnahmen wie progressive Einkommensteuer für hohe Einkommen, Wertschöpfungs-, Spekulations-, Vermögenszuwachs- und Finanztransaktionssteuer sowie Besteuerung von großen Erbschaften und Schenkungen, aber auch Reform der Verwaltung und der Sozialversicherungen, An- oder Aufhebung der Höchstbemessungsgrundlage der SV- Beiträge usw. könnten diese Anhäufungen verlangsamen und für gerechtere Verteilung genutzt werden. Dies wird zwar weltweit diskutiert, aber die Widerstände und Gegenargumente der profitierenden Eliten und deren Anhängern verhindern oder verwässern fast alle effizienten Änderungen.<sup>3</sup>

Gleichzeitig werden in den Industrieländern sowohl durch Produktivitätssteigerungen und Automatisierung als auch durch Auslagerung in Billiglohnländer viele Arbeitskräfte freigesetzt, deren alltäglicher Konsumbedarf jedoch bestehen bleibt. Arbeitsplätze werden zwar mit großen finanziellen Anstrengungen künstlich geschaffen, aber wegen des technologischen Fortschrittes werden nicht genügend Arbeitsplätze benötigt und die persönlichen Dienstleistungen werden als nicht finanzierbar dargestellt. Dem gegenüber werden viele Tätigkeiten im Bereich der Familien und im Gemeinwesen nicht bezahlt, obwohl sie gesellschaftlich unverzichtbar sind. Dies alles führt zu sinkenden Löhnen. Unvorstellbare Vermögen und bittere Armut existieren gleichzeitig.

### **SOLL / Ziele:**

Statt um Erwerbsarbeit um jeden Preis und unter allen Bedingungen geht es um die Frage, wie Existenzsicherung von Erwerbsarbeit abgekoppelt und allen Menschen ein Leben in Würde und die materielle, soziale und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft gesichert werden kann. Ziele sind eine faire Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, materielle Unterstützung nicht-marktfähiger Arbeit, individuelle Bildungswege, gesellschaftliche Teilhabe und freie Meinungsäußerung. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ist eine Antwort, sofern die folgenden Kriterien eingehalten werden.

#### ➤ **Garantiert**

und in der Verfassung verankert muss das Grundeinkommen sein. Unsicherheit führt dazu, dass es für spätere Zeiten aufgespart wird, anstatt den Lebensstandard zu verbessern und der Wirtschaft zu nützen. BGE muss unpfändbar sein und kann daher nicht belehnt werden.

#### ➤ **Bedingungslos**

muss das Grundeinkommen sein, weil ein BürgerInnenrecht nicht von Bedingungen (Arbeitszwang, Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit, Geschlechter-Rollen konformes Verhalten etc.) abhängig ist.

Das Recht auf Erwerbsarbeit, freie Berufswahl und ausreichendes Einkommen soll durch Arbeitszeitverkürzung und Mindestlöhne gesichert werden, aber niemand soll zu Erwerbsarbeiten gezwungen sein um die materielle Existenz zu sichern.

#### ➤ **Allgemein**

muss das Grundeinkommen sein, damit es nicht diskriminierend wirkt. Es kommt allen Menschen zu Gute, die auf Dauer in einem Land leben. Dadurch wird sowohl die unwürdige Bedarfsprüfung der bisherigen Hilfesysteme, die „Neiddebatte“ und auch der Missbrauch verhindert werden. Jedes Kind, jede Frau und jeder Mann soll in den Genuss dieser Zuwendung kommen.

#### ➤ **Individuell**

heißt, dass alle in einem Land lebenden Menschen einen persönlichen Rechtsanspruch auf ein BGE, sowie auf eine medizinische Versorgung haben.

Als BürgerInnenrecht steht Grundeinkommen jeder Person zu, unabhängig vom Einkommen- oder

---

<sup>2</sup> *Online Standard vom 20.03.2012 Ackermann verdient 9 Millionen*

<sup>3</sup> *TAZ vom 22.06.2012 Specksteuer*

## Wege zum Grundeinkommen – Hebel und Angelpunkt einer Systemänderung

Vermögen von Haushalts- oder Familienmitgliedern. Es gibt außer der Altersstaffelung keine Unterschiede. Finanzielle Vorteile für Familien und Wohngemeinschaften sind erwünschte Nebeneffekte.

Für MigrantInnen tritt dieses Recht nach 3 Jahren legalen Aufenthaltes oder mit der erfüllten Anwartschaft auf Arbeitslosengeld ein.

### ➤ **Ausreichend**

muss der Betrag sein für die finanzielle Absicherung von Existenz und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (materiell, sozial, kulturell). Die Höhe des Grundeinkommens ist unterschiedlich für Kinder und Erwachsene.

### ➤ **Emanzipatorisch**

wirkt das Grundeinkommen, weil diese Kriterien vom Zwang zu Erwerbsarbeit unter unerwünschten Bedingungen befreien. Die Versorgungs- oder Ernährer-partnerschaft ist nicht mehr notwendig, die finanzielle Abhängigkeit der Frauen und Kinder wird deutlich reduziert, auch wenn von einem BGE die gesellschaftlichen Rollenzuweisungen und die Verteilung der unbezahlten und häuslichen Arbeiten zwischen Männern und Frauen nicht per se geändert werden wird.

### ➤ **Höhe**

Basis der Berechnung ist die nationale Armutsgrenze nach EU-SILC zuzüglich 10% des Medianeinkommens. Um die Bereitschaft zu menschenfreundlichen und sinnvollen Arbeiten zu erhalten und zu stärken muss eine Einschleifregelung gefunden werden, sodass vor allem bei geringem Erwerbseinkommen ein finanzieller Vorteil bestehen bleibt.

Daher wird zusätzliches Erwerbseinkommen zwar vom ersten Euro an besteuert, was den Nettoeffekt erst mit steigendem Einkommen verringert, bei mittlerem Einkommen wird das BGE neutralisiert, hohe Einkommen verlieren, aber auch Einkommen aus Kapitalertrag und Spekulation müssen progressiv besteuert werden.

### ➤ **Erwartungen:**

Erwerbsarbeit verliert den absoluten Vorrang vor allen anderen Lebensentwürfen. Manche Menschen werden Teilzeit arbeiten, Erwerbszeiten unterbrechen, verschiedene Tätigkeiten verknüpfen, längere Reisen machen, Bildungsangebote annehmen oder eine Zeit lang gar nichts tun. Die Qualität der Arbeitsplätze und deren Rahmenbedingungen in Bezug auf Gesundheit, Sozialverträglichkeit und Rücksichtnahme auf soziale Bedürfnisse des Menschseins werden verbessert.

Die Bereitschaft zu belastenden Arbeiten sowie langen Arbeits- oder Fahrzeiten wird sinken, Betriebe werden aus den Ballungsräumen in die Regionen gehen, manche unangenehmen Arbeiten werden teurer werden, manche werden nicht mehr angeboten oder nachgefragt werden.

Die steigende Kaufkraft führt zu verstärktem Konsum, verbesserter Infrastruktur und steigendem Steueraufkommen. Insbesondere Randzonen und benachteiligte Gebiete werden stärker profitieren bzw. weniger als bisher verlieren. <sup>4</sup> Kleine Handwerksbetriebe, Greißler, Wirte etc. werden wieder möglich, weil die Leistungen nicht den Erbringer ernähren, sondern nur die betrieblichen Sachkosten tragen müssen, dadurch werden ländliche Strukturen aufgewertet, Abwanderung und Armut sowie die Entwertung der Immobilien und die Differenz zwischen Stadt und Land werden verringert. Ehrenamtliche, soziale, solidarische Tätigkeiten für die Zivilgesellschaft werden interessanter.

### ➤ **Finanzierung** <sup>5</sup>

Es gibt mehrere Berechnungsmodelle die allesamt zum Schluss kommen, dass die Finanzierung rechnerisch möglich ist, da bei entsprechender Umleitung der Geldflüsse kein zusätzliches Geld

---

<sup>4</sup> *Falter 24/2012 Eine andere Art von Schuldenabbau*

<sup>5</sup> *bezogen vor allem auf österreichische Finanz und Sozialsysteme*

## Wege zum Grundeinkommen – Hebel und Angelpunkt einer Systemänderung

erforderlich ist, sobald der politische Wille zur Umsetzung dazu vorhanden ist

Manche Vorschläge, die nur auf Besteuerung von Konsum oder Erwerbseinkommen abzielen, Erträge aus Kapital und Vermögen aber eher außer Acht lassen, bewirken keine Umverteilung von oben nach unten, verbessern das soziale Sicherungssystem nicht und verringern die Reichtumsproduktion auf Kosten der unteren Schichten nicht.<sup>6</sup> Ebenso sind Finanzierungsmodelle abzulehnen, die alle bestehenden Sozialleistungen ersetzen wollen., insbesondere jene, die individuelle Wechselfälle des Lebens abfedern sollen. Ähnliches gilt für Modelle, welche die Armutsgrenze (= 60% vom nationalen Medianeinkommen) nicht deutlich überschreiten.

Auch Modelle, die eine umfassende Änderung des Steuer- und Abgabewesens erfordern, würden zusätzliche Widerstände auslösen und die praktische Umsetzung langfristig verzögern.<sup>7</sup>

Jedoch können innerhalb des bestehenden Systems Maßnahmen wie progressive Einkommensteuer auch für hohe Einkommen, Wertschöpfungs-, Spekulations-, -, Finanztransaktions-Vermögenszuwachssteuer<sup>8</sup>, Besteuerung von großen Erbschaften und Schenkungen ohne wesentliche Umbau der gesetzlichen Grundlagen eingeführt werden. Die Auf- oder Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage der SV- Beiträge bringt entsprechende Mehreinnahmen, die auch den möglichen Ausfall der SV-Beiträge durch eine geringere Erwerbsbeteiligung in den unteren Einkommensbereichen kompensiert.

Bisher geleistete Transferzahlungen wie die laufende Sozialhilfe, Notstandshilfe (Hartz 4), Pensionsausgleichszulage, Teile der Witwen- und Waisenspenden, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Absetzbeträge für Kinder, AlleinverdienerInnen, Lohnsteuerfreibetrag, Studienbeihilfe werden kompensiert und verbessert. Aber auch der Wegfall der kontrollierenden und disziplinierenden Bürokratie in den derzeit bestehenden Sozialsystemen bringt nennenswerte Einsparungen.

Bestehen bleiben bzw. ausgebaut werden muss hingegen die öffentliche Infrastruktur für Bildung, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime, sowie die medizinische Versorgung und Rehabilitation, situationsbezogene Leistungen wie Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen, Pflegegeld und Wohnbeihilfe. Ebenso Versicherungsleistungen (ALG, Pension, Krankengeld, u. ä.) für welche Prämien bezahlt wurden.

BGE für Kinder bis 15 Jahre wird an die gesetzlichen VertreterInnen ausbezahlt. Es muss an alle monatlich ausbezahlt werden, weil auch die Lebenskosten monatlich anfallen. Die Methode der negativen Einkommensteuer ist zwar praktisch, könnte aber nur jährlich durchgeführt werden.

### ➤ **Strategische Schritte zur Einführung des BGE**

Eine gleichzeitige Einführung für alle Menschen in voller Höhe lässt große Widerstände erwarten, denn nicht nur die oben genannten Nutznießer sondern auch die beharrenden Kräfte, die Veränderungen und Neuerungen fürchten, klammern sich an bestehende Zustände, obwohl sie diese auch selbst kritisieren. Umfangreiche Änderungen oder allzu neue Modelle der Abgabeberechnung, verstärken diese Widerstände und zusätzliche Hürden zu einer raschen Realisierbarkeit werden aufgestellt.

Die Entscheidungsträger und Meinungsbildner, die zwar in grundsätzlich skeptischen Institutionen (Gewerkschaften, Parteien und Interessensverbände) verankert sind, aber auch für die Vorteile und Perspektiven ihrer Klientel offen sind, müssen überzeugt werden, dass sowohl die offenen Fragen beantwortet als auch ihre kulturellen und sozialen Interessen und Gewohnheiten respektiert werden. Daher müssen Szenarien für moderate Wege entworfen werden, die Ängste verringern und Teile der Bevölkerung überzeugen können. Nicht zuletzt sind Ängste vor einer generellen Einführung zu erwarten, wenn die Bereitschaft für Reformen oder Nachbesserungen nicht zu erkennen ist.

---

<sup>6</sup> zB: Modelle von Milton Freedman, Götz Werner, Dieter Althaus

<sup>7</sup> der „integrierte Tarif“, berechnet SV-Abgaben und Lohnsteuer in einem Satz

<sup>8</sup> Zu unterscheiden sind Steuern auf Finanzvermögen, leistungsloser Umwidmung und Produktionsanlagen

## Wege zum Grundeinkommen – Hebel und Angelpunkt einer Systemänderung

Für die schrittweise Einführung des BGE können auch Multiplikatoren gefunden werden, Diese Positiva gilt es darzustellen sowie Antworten auf spezielle Fragen und Befürchtungen zu entwickeln.

Aus diesen Gründen soll so weit als möglich das bestehende Steuer- und Abgabensystem erhalten bleiben und nur die Freibeträge, Progressionsstufen und Hebesätze verändert werden. Dies hätte den weiteren Vorteil, dass die Beschäftigten in den diesbezüglichen Einrichtungen (Finanzamt, Sozialversicherungen, Steuerberatung etc.) nicht befürchten, ihre Arbeitsplätze zu verlieren.

Neben der allgemeinen Befürchtung, dass dann „niemand mehr arbeiten will“ und der Frage, wer das bezahlen soll, werden oft auch die Erfahrungen mit Lohndrückern, Preistreibern und Abgabenhinterziehern artikuliert oder auf die „vergessene“ Wertsicherung bei anderen Sozialleistungen hingewiesen.

Für die Valorisierung ist eine jährliche Anpassung nach EU-SILC möglich, die optimale Lösung wäre ein besonderer Preisindex für Grundbedürfnisse. Verstärkte Kontrollen und Transparenz der Preisgestaltung bzw. Preisvergleiche sollen die überhöhte Anhebung der Preise für Grundbedürfnisse und Mieten verhindern.

Für die Zeit zwischen Schulpflicht und Volljährigkeit (15 – 18 Jahre), wo in der menschlichen Entwicklung eine sehr schwierige Entscheidung für die Zukunft zu treffen ist, soll ein zusätzlicher finanzieller Anreiz für jegliche Art von Berufsausbildung möglich sein.

### ➤ **Selektive Einführung des BGE**

Auch wenn das Ziel weiterhin ein allgemeines Grundeinkommen bleiben muss, kann das BGE in Zwischenschritten selektiv eingeführt werden, ohne dass die positiven Auswirkungen geschmälert werden, Dazu müssen für den nach einem oder mehreren Kriterien ausgewählten Personenkreis jedoch die o.a. Bedingungen erfüllt werden. Die aktuelle Einkommenssituation einer Person darf auf keinen Fall zum Auswahlkriterium werden, da dies zu allererst zu Neid und Denunziation führt. Selektive Einführung für Personen mit geringem Einkommen sind abzulehnen, da sie weder die erwünschte Unabhängigkeit noch die sozialen und ökonomischen Veränderungen ermöglichen und drohende Armut nicht verhindern

Die Gruppierungen, deren einzelne Faktoren mit jenen der anderen Gruppen gemeinsam angewendet werden können, sind.

- Selektion nach sozialem Stand:
  - BGE für Personen, von welchen Erwerbsarbeit derzeit gar nicht erwartet wird und es daher weniger öffentliche Widerstände gegen deren Unterstützung gibt, wie zB: Kinder, Jugendliche in Ausbildung, ältere Erwerbslose, Alleinerziehende, Behinderte usw.
- Selektion nach Alter, zB:
  - BGE ab einem bestimmten Geburtsdatum, (zB. 1.1.2000)
  - ab dem 18. Lebensjahr
  - BGE für alle ab jetzt Neugeborenen
- Regionale Selektion:
  - BGE für Menschen die mindestens 3 Jahre den Hauptwohnsitz in einer benachteiligten Regionen hatten, wo Einwohnerdichte, Abwanderung, Altersstruktur, Einkommensdurchschnitt, Arbeitslosigkeit, Bildungsstandards, Infrastruktur und Arbeitsplatzangebot, aber auch Scheidungsraten, Gesundheitsparameter und Teenagerschwangerschaften deutlich schlechtere Werte als der Landesdurchschnitt aufweisen.

Gemeinsam ist diesen Vorschlägen, dass für's Erste viel weniger Geld umgeschichtet wird, dass durch begleitende Sozialforschung sowohl gesellschaftliche Veränderungen aber auch die Anfangsschwierigkeiten rasch erkannt werden können und dass die Gesellschaft die „neue Freiheit“ und deren Vorteile erkennen und sich daran gewöhnen kann.

## **Wege zum Grundeinkommen – Hebel und Angelpunkt einer Systemänderung**

---

Robert Reischer:

geb. 1947, Volks- und Mittelschule, Einzelhandelskaufmann, LKW-Fahrer, Buslenker, div. Tätigkeiten im Bereich Arbeitslosigkeit, (Re)Integration und Wohnungslosigkeit:

Arbeitsmarktbetreuer, Gründung des Vereins „Arbeit für Alle“, Gründung des "Bundesdachverband für Sozialprojekte BDV", Vorstand des Öst. Versöhnungsbundes, Gründung der „Öst. Armutskonferenz“, Öst. Delegierter zum „Europ. Anti-Poverty-Netzwerk EAPN“, Gründung der „Beratungsstelle gegen Wohnungsverlust BEWOK“, Vorstand im Int. Fellowship of Reconciliation“, Mitglied bei ATTAC-Krems und im BIEN-Austria